



Informationen

Ihrer AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

# BW *Journal*

AUSGABE 21

# Nett hier,

...aber sind Sie nicht  
ausreisepflichtig?

**Abflug!**



UNSERE HEIMAT - UNSERE REGELN

**Nur mit uns!**



FRAKTION  
**BW**

**AfD**





# IHRE SICHERHEIT - UNSER AUFTRAG

**Baden-Württemberg ist längst kein sicheres Land mehr:** Das steht nicht erst seit den Messermorden von Illerkirchberg und Wiesloch fest, beide, wie so viele andere auch, begangen von Asylbewerbern. Auch die vielen Vorfälle von sexueller Belästigung und Massenschlägereien, die Clan- und Messerkriminalität, und erst recht die vorwiegend von jugendlichen Migrant\*innen ausgehenden Unruhen, die viele Freibäder fast zu „No-go-Areas“ gemacht haben, zeigen dies deutlich: Die Sicherheitslage in unserem Land verändert sich massiv zum Schlechten.

Dennoch bleibt das Innenministerium tatenlos. Es schließt die Augen vor der **importierten Kriminalität**, die verschwiegen, geleugnet oder relativiert wird. Jüngstes Indiz ist das Verschwinden der Kategorie „Asylbewerber/Flüchtling“ aus dem aktuellen Sicherheitsbericht – die bis 2021 noch aufgenommen war. Stattdessen zelebriert Skandal-Innenminister Strobl (CDU) öffentlichkeitswirksame Polizeirazzien gegen angebliche Umstürzler. Dies dient dem linken Narrativ, wonach die

größte Gefahr von „rechts“ ausgeht. Die größte Gefahr stellt allerdings die erschreckende Erosion der inneren Sicherheit dar, die mit der anhaltenden, unbegrenzten Masseneinwanderung einhergeht. Zu alledem fehlt der Polizei zur Bekämpfung insbesondere der importierten Kriminalität oftmals politische Rückendeckung für ihre schwere Arbeit.

Für die AfD-Fraktion steht die Sicherheit der Bürger Baden-Württembergs stets an erster Stelle. Sicherheit ist die Grundlage für ein gutes, friedliches Zusammenleben. Daher hat unsere Fraktion ein **11-Punkte-Programm** entwickelt, das die Sicherheit hierzulande endlich wiederherstellen soll. Eine Kampagne der AfD-Fraktion dazu mit allen parlamentarischen und medialen Instrumenten zeigt den Bürgern: **Ihre Sicherheit ist unser Auftrag.**

Gebäudeenergiegesetz  
Plenarprotokoll 17/62



# Für eine Abschiebeoffensive!

Als zentrale Forderung bekräftigt unsere Fraktion die Notwendigkeit einer rigorosen **Durchsetzung bestehender Gesetze zur Abschiebung ausländischer Straftäter**. Personen, die schwere Straftaten in unserem Land begehen, haben ihr Recht auf Aufenthalt vollends verwirkt. Eine beschleunigte Abwicklung

von Abschiebungsverfahren versteht sich dahingehend von selbst. Denn **zwei Drittel der geplanten Abschiebungen scheitern**: knapp 13.000 vollzogenen Rückführungen stehen 23.000 geplanten gegenüber, die nicht vollstreckt wurden – ein massives Missverhältnis. **Die Gründe dafür:**

- ✘ **geplatze Flüge** – über 15.000 Mal.
- ✘ **rechtlichen Hürden**: Gesetze, internationale Abkommen, Überregulierung und juristische Mittel, die selbst bei eindeutigen Fällen zur Blockade durch endlose Gerichtsverfahren führen.
- ✘ **Die Ausreisepflichtigen** sind am Tag der Rückführung nicht zu Hause - knapp 7.000 Mal.
- ✘ **Das Durchstechen von Abschiebeterminen** durch Flüchtlingshelfer und Profiteure der Massenzuwanderung.
- ✘ **Verhinderung der Abschiebung durch Wegwerfen von Pass und Identitätsnachweisen**. Denn ohne Pass kann jede Identität, Nationalität und Verfolgungsgeschichte vorgegaukelt – und im Zweifel nicht abgeschoben werden.
- ✘ **Viele Länder weigern sich, ihre Staatsbürger zurückzunehmen**. Hier muss unsere Landesregierung Druck aufbauen und den Bund bewegen, solchen Ländern Entwicklungsgelder zu streichen.



Daher hat die AfD-Fraktion in Baden-Württemberg den **Antrag „Erhöhung der Abschiebequote durch Änderungen im Aufenthaltsgesetz und Asylbewerberleistungsgesetz“** (Drs. 17/4975) in den Landtag eingebracht, mit dem über eine Bundesratsinitiative Änderungen im Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz angestoßen werden sollten. So wollten wir keinem vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer erlauben, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder Verstöße gegen die Wohnsitzauflage mit einer empfindlichen

Strafandrohung ohne die Möglichkeit einer Geldstrafe bewehren. Bei andauernder Abwesenheit sollten nach Ablauf von 24 Stunden alle Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eingestellt und bei Wiederzugang ausschließlich Sachleistungen gewährt werden.

Gebäudeenergiegesetz  
Plenarprotokoll 17/62



Die AfD-Fraktion fordert seit langem eine restriktivere Politik zum **Schutz der eigenen Bevölkerung**. So müssen die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von zehn auf mindestens 30 Tage ausgeweitet und mehr Staaten zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt werden – das lehnten die Altparteien im Bundestag schon ab. Doch die Kommunen in Baden-Württemberg stoßen schon lange an ihre Grenzen, was die Aufnahme von Asylbewerbern angeht. Sie werden gezwungen, Personal, Geld und Liegenschaften aufzuwenden zur Erfüllung einer Aufgabe, um die sie nicht gebeten haben - teilweise mit Standards, von denen viele einheimische Sozialhilfeempfänger träumen können. Dörfer, Gemeinden und Städte müssen Bauland und Wohnungen bereitstellen, von denen sie selber längst nicht mehr genug haben.

Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion bereits im September 2022 einen **Gesetzesentwurf über die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern** eingebracht, der die Kommunen vollständig entlastet (Drs. 17 / 2929). Damit wird die Unterbringung von Asylbewerbern im Land umstrukturiert: Sie verbleiben bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag oder bis zu ihrer Abschiebung in der Erstaufnahmeeinrichtung. Danach folgt die zentrale Unterbringung Asylsuchender, die keine oder noch keine Aufenthaltserlaubnis besitzen oder nicht

vollziehbar ausreisepflichtig sind, in Gemeinschaftsunterkünften der Regierungsbezirke. Ausreisepflichtige, abgelehnte Asylbewerber sind Ausreiseeinrichtungen zuzuführen. In der Abkehr von der Verteilung Ausreisepflichtiger in die Fläche wird ein Merkmal der vom Bund geforderten Ankunfts-, Erfassungs- und Rückführungszentren („Anker-Zentren“) umgesetzt.

Zudem sind **verstärkte Grenzkontrollen** unerlässlich. Wir fordern eine verstärkte Präsenz der Bundespolizei und eine effiziente Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und den Nachbarländern, insbesondere der Schweiz, um die Grenzen zu schützen. Die **illegale Migration** über die Grenze zur Schweiz gilt mitunter als eine der größten Bedrohungen für die Sicherheit in Baden-Württemberg. Wir setzen uns für eine konsequente Bekämpfung dieses Problems ein, einschließlich verstärkter Überwachung, verschärfter Strafen für Schleuser und einer effizienten Zusammenarbeit mit der Schweiz zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte.

Gebäudeenergiegesetz  
Plenarprotokoll 17/62



UNSERE HEIMAT  
UNSERE REGELN

Sichere Heimat

Nur mit uns!



FRAKTION  
BW

AfD 

[afd-fraktion-bw.de](http://afd-fraktion-bw.de)

**UNSER  
11 PUNKTE  
PLAN**

**FÜR EIN  
SICHERES BADEN-  
WÜRTTEMBERG**

- 1 Bekämpfung der Intensivstraftäterszene** durch engmaschige und personalintensive Überwachung entsprechender Täter intensivieren; ausländische (Intensiv) Straftäter abschieben.
- 2** Gescheiterte Abschiebungen durch neue Instrumente wie »Abschiebe-Detektive« senken, um die **Quote erfolgreicher Abschiebungen** von aktuell einem Drittel auf mind. 75 Prozent zu **erhöhen**.
- 3** Die angekündigte **Zusammenarbeit zwischen der Polizei von Bund und Ländern beschleunigen**, um deutlich mehr Grenzkontrollen zur Schweiz im Kampf gegen illegale Migration durchzuführen.
- 4 Grenzpolizeiliche Aufgaben** nach eigenen Kräften des Landes und im Einvernehmen mit dem Bund **wahrnehmen**, um illegale Grenzübertritte zu verhindern.
- 5 „Sonderstab gefährliche Ausländer“** in jeder Ausländerbehörde der 44 Stadt- und Landkreise implementieren und mit qualifiziertem Personal ausstatten.
- 6 Migrationshintergrund bzw. Mehrstaatlichkeit** von Tatverdächtigen in der Kriminalitätsstatistik verpflichtend **erfassen**.
- 7 Distanz-Impulselektrogeräte (Taser)** in der Ausrüstung der Polizeibeamten einführen.
- 8 Personal- und Sachausstattung** der Landespolizei **aufstocken**, damit Baden-Württemberg nicht mehr bundesweites Schlusslicht bezüglich Polizeidichte darstellt.
- 9 Kriminalitätsschwerpunkte** im öffentlichen Raum aller Kommunen **identifizieren** sowie deren verstärkte Bestreifung und Kontrolle organisieren.
- 10 Motivation der Polizeibeamten** durch die Einführung der zweigeteilten Laufbahn und einer erhöhten Zulage für den lageorientierten Dienst **fördern**.
- 11** Vorlage des im Koalitionsvertrag angekündigten **Konzepts zur freiwilligen Polizei** und deren Neuaufstellung zur Unterstützung der Vollzugspolizei einfordern.

**Impressum**

V.i.S.d.P.: Dr. Thomas Hartung, AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart. Alle hier bereitgestellten redaktionellen Texte und Fotos dienen lediglich Informationszwecken und der freien Meinungsbildung über das aktuelle Zeitgeschehen. Weitergabe ausdrücklich erwünscht. Eine Rechtsberatung findet nicht statt. Redaktionsschluss 11/2023. Die Redaktion erreichen Sie unter: [presse@afd.landtag-bw.de](mailto:presse@afd.landtag-bw.de)



-  [www.afd-fraktion-bw.de](http://www.afd-fraktion-bw.de)
-  [youtube.com/AfDFraktionBadenWuerttemberg](https://youtube.com/AfDFraktionBadenWuerttemberg)
-  [facebook.com/AfDFraktionBW](https://facebook.com/AfDFraktionBW)
-  [instagram.com/afd.fraktionbw](https://instagram.com/afd.fraktionbw)
-  [twitter.com/AfDFraktionBW](https://twitter.com/AfDFraktionBW)
-  [tiktok.com/@afdfraktion.bw](https://tiktok.com/@afdfraktion.bw)